



f Elke Kahr

Gemeinderat Graz: Damit Sie wissen, was im Rathaus vorgeht!

Gemeinderatssitzung 17. November 2016



GRAZ **KPÖ** informiert:
www.kpoe-graz.at Informationsblatt des KPÖ-Gemeinderatsklubs

Gemeindewohnbau in Graz

KPÖ hat öffentlichen Wohnbau wieder modern gemacht

In Graz wird gewählt. Deshalb entdecken einige Parteien, die sich davor jahrelang nicht dafür interessiert haben, den Gemeindewohnbau. Manche behaupten sogar, die KPÖ würde die Gemeindewohnungen in Graz nur verwalten. Was hat die KPÖ mit Elke Kahr tatsächlich fürs Wohnen in Graz getan?

In den 90er Jahren hatten viele Grazer Gemeindewohnungen weder Bad noch Toiletten noch Heizungen. Auf den Hausmauern in der Triestersiedlung waren noch die Original-Hinweispeile zu den Luftschutzbunkern aus Kriegstagen zu sehen. Jahrzehntlang war der Gemeindewohnbau Stiefkind

der Stadtverwaltung.

1998 übernahm KPÖ-Stadtrat Ernest Kaltenegger das Wohnungsressort. 2005 trat Elke Kahr seine Nachfolge an.

Seither ist einiges passiert:

- Mit der KPÖ-Initiative „Ein Bad für jede Gemeindewohnung“, wurden nahezu alle bestehenden Gemeindewohnungen mit Nasszellen ausgestattet.
- Es folgten viele umfassende thermische Sanierungen und Fernwärmeeinbauten in städtischen Wohnhäusern.
- 2003 konnte die KPÖ den unter einem SPÖ-Finanzstadtrat geplanten Verkauf der Gemeindewohnungen abwenden.

- Ab 2008 konnte Stadträtin Elke Kahr 1000 Gemeindewohnungen neu auf Schiene bringen. 564 davon wurden bereits an ihre Mieter übergeben.
- Bereits 1997 wurde auf Drängen der KPÖ die Mietzinzzahlung eingeführt.
- Die Vergabe von Gemeindewohnungen nach einem Punktesystem, das sozial gerecht ist und politische Einflussnahme ausschließt, wurde von der KPÖ initiiert.
- 2010 hat Elke Kahr einen Kautionsfonds eingeführt, der hilft, die Wohnungseinstiegskosten zu bewältigen.
- Stadtteilzentren wurden eingerichtet. Sie fördern die gute Nachbarschaft.

Die KPÖ tritt für leistbares Wohnen sowie gegen Teuerungen, Gebührenerhöhungen und Sozialabbau ein.

Neue Gemeindewohnungen und Grundstückskauf

Insgesamt 38 Gemeindewohnungen werden demnächst in der Peter-Rosegger-Straße/Ecke Faunastraße entstehen. Das hat der Gemeinderat einstimmig beschlossen. Baubeginn ist im Frühjahr 2017. Für weitere Gemeindewohnungen wurden Grundstücke angekauft: 6.108 m² in der Herrgottwiesgasse, 2.596 m² in der Plüddemanngasse und weitere rund 4.500 m² in der Waagner-Biro-Straße.

KOMMENTAR

Erfolg: Keine Gebührenerhöhungen

Die KPÖ hat erreicht, dass es zwei Jahre lang keine Gebührenerhöhungen bei Müll und Kanal gegeben hat. Auch im ersten Halbjahr 2017 wird es hier keine Gebührenerhöhungen geben. Damit wurde die Zustimmung der KPÖ zum Budgetprovisorium möglich gemacht.

Es war nicht zuletzt unsere Ankündigung, dass wir mit einem Antrag im Gemeinderat die Aussetzung der Tariferhöhungsautomatik fordern werden, die diese erfreuliche Entwicklung in Gang gesetzt hat.

Warum ist diese Forderung für uns so wichtig? Kanal- und Müllgebühren sind Teil der Wohnkosten. Wohnen darf kein Luxus sein. Denn wohnen müssen wir alle – ob Mindestpensionist oder Alleinerzieherin, ob gut bezahlt in Arbeit oder auf Arbeitssuche, ob Großfamilie oder Single.

Niedrige Gebühren tragen dazu bei, dass die Wohnkosten für alle Menschen, die in unserer Stadt leben, erschwinglich sind. Deshalb werden wir uns auch weiter dafür einsetzen.

Bürgermeister-Stellvertreterin Elke Kahr



84 Millionen für Murkraftwerk

„Manchmal kommt einem der Verdacht, dass für Investoren eine Gelddruckmaschine im Keller des Rathauses in Betrieb geht.“ Das sagte Klubobfrau **Ina Bergmann** in ihrer Rede zur Auflösung des Gemeinderates. Damit bezog sie sich auf die von ÖVP, SPÖ und FPÖ befürwortete Summe von 84 Mio. Euro für den Zentralen Speicherkanal, die den Investoren für die Errichtung des Murkraftwerks Puntigam die Rutsche legen sollte. Das Geld fehlt der Stadt Graz für wichtige Projekte, etwa den Ausbau des Öffentlichen Verkehrs.

Im Budgetprovisorium für das erste Halbjahr 2017 sind keine Mittel für einen Speicherkanal enthalten. Die Gebühren für Kanal und Müll werden nicht erhöht. Deshalb hat die KPÖ dem Budgetprovisorium zugestimmt.



Helpen statt Reden. Elke Kahr.

KPÖ

**Haltung zeigen –
Hoffnung schenken!**



SozialCard Mobilität

Mit dem Steirischen Familienpass können Eltern im Verkehrsverbund günstig mit den Öffentlichen Verkehrsmitteln fahren. Kinder unter 14 Jahren können gratis mitfahren.



berinnen der Grazer SozialCard Mobilität“, stellte KPÖ-Verkehrssprecher **Manfred Eber** fest und machte das im Gemeinderat zum Thema. Der zuständige Sozialstadtrat **Ehmann** versprach, sich dafür einzusetzen, dass Kinder der betroffenen Familien künftig gratis mit den Öffis fahren dürfen.

„Diese Gratis-Mitnahme von Kindern gilt allerdings nicht für die Inhaber und Inha-

Schnelleres Internet an den NMS

Die Vermittlung von Informatik-Grundkenntnissen ist mittlerweile für jede Klasse an jeder Neuen Mittelschule verpflichtend vorgesehen. „Die Internetverbindungen sind aber oft erstaunlich langsam“, weiß KPÖ-Gemeinderätin **Uli Taberhofer**. Im Gemeinderat plädierte sie für bessere technische Voraussetzungen.



Bildungsinfos an Schulen



Damit Schülerinnen und Schüler über den für sie besten Bildungsweg Bescheid wissen, setzte sich KPÖ-Gemeinderat **Robert Krotzer** im Gemeinderat dafür ein, die Informationen über die unterschiedlichen Angebote an den Schulen zu verbessern.

Shopping City vs. Innenstadt

Viel zu groß ist das Shopping Center Seiersberg. Es entspricht nicht den gesetzlichen Vorschriften, das hat das Verfassungsgericht bestätigt und eine „rechtliche Sanierung“ gefordert. Einkaufszentren vernichten tausende Arbeitsplätze in den Stadtzentren, führen zu Verkehrsproblemen und Luftverschmutzung. Statt die Betreiber aufzufordern, sich an die Gesetze zu halten, haben ÖVP, SPÖ und FPÖ beim Land

einfach das Landesstraßenverwaltungsgesetz geändert. Im Grazer Gemeinderat stößt diese Entscheidung auf großes Unverständnis. Alle Parteien außer der SPÖ haben gegen die „Lex Seiersberg“ gestimmt. KPÖ-Gemeinderat **Andreas Fabisch** erinnerte daran, dass im Landtag auch Grazer Vertreter dieser beiden Parteien sitzen. „Wir werden uns genau ansehen, wie die zukünftig abstimmen werden“, so Fabisch.

An Grazer Haltestellen – im Regen stehengelassen

Immer wieder gibt es in Graz Beschwerden über Missstände bei den Wartehäuschen an den Haltestellen. „Sie bieten viel zu wenig Schutz gegen Nässe und Wind“, weiß KPÖ-Gemeinderätin **Elke Heinrichs**.



Im Gemeinderat wies sie erneut auf diese Problematik hin. „Viele Dächer an den Haltestellen sind eine Fehlkonstruktion. Im Winter ist man Regen und Schnee fast schutzlos ausgesetzt“, so Heinrichs.

Lärmdurchsagen in Bus und Bim

Eine dringende technische Wartung der Lautsprecheranlagen bzw. Funkverbindungen in den Grazer Straßenbahnen empfiehlt Gemeinderat **Andreas Fabisch**: „Man sollte als Fahrgast doch in der Lage sein, durchgegebene Ansagen zu verstehen. Leider ist die Qualität vieler Anlagen sehr bedau-

erlich, sodass Fahrgäste oft nur froh sein können, wenn der Krach aufgehört – die Information geht dabei unter.“ Häufigere Wartungen würden auch in diesem Bereich zu mehr Qualität führen, so Fabisch.



ÖVP, SPÖ und FPÖ gegen Stärkung von Nachbarrechten



„Seit Jahren gibt es Unmut, wenn es um Einwendungen zu Bauvorhaben geht“, sagt KPÖ-Gemeinderat **Christian Sikora**. Die Nachbarrechte im Sinne des Steiermärkischen Baugesetzes sind sehr beschränkt. So können Anrainer keine Einwendungen gegen Gebäudehöhen und -dichten, zu Fragen der Bauplatzzeichnung sowie des Orts- und Landschaftsbildes machen. Sikora brachte den Antrag ein, das Baugesetz zu ändern. Der Antrag wurde von ÖVP, SPÖ und FPÖ abgelehnt.

Weitere Initiativen der KPÖ im GRAZER Gemeinderat (17.11.2016)

- ⇒ Gegen rassistische Kampagnenbilder bei der Stadt – Christine Braunersreuther
- ⇒ Für die Erhaltung freier Durchgänge – Andreas Fabisch
- ⇒ Mehr Fahrradständer aufstellen – Robert Krotzer
- ⇒ Mehr Abfallbehälter auf Wanderwegen – Christian Sikora
- ⇒ Lärmschutz in der Augasse – Christian Sikora
- ⇒ Verkehrsmaßnahmen in der Thalstraße – Christian Sikora

Petition an den Landtag Steiermark: Wohnen darf nicht arm machen

Hände weg von der Wohnbeihilfe

Wir fordern:

- Rücknahme der „Wohnunterstützung“ und Rückkehr zur Wohnbeihilfe
- Keine Einberechnung der Familienbeihilfe ins Haushaltseinkommen



Name	Adresse	Geburts-Datum	Datum der Unterstützung	Unterschrift